

nr. 1 – märz 2021

ecke köpenicker

Zeitung für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt *Erscheint sechsmal im Jahr kostenlos.*
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung



Ch. Eckelt

Bitte bringen Sie diese Zeitung auch Ihren Nachbarinnen und Nachbarn mit!

WELCHE ECKE?



Die Luisenstadt hat ja bekanntlich viele schöne Ecken. Aber wo wurde diese Ecke aufgenommen? Wenn Sie den Ort wissen, schreiben Sie uns die Lösung und vergessen bitte auch nicht Ihre Post-Adresse! Denn unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir wieder einen Büchergutschein der Buchhandlung am Moritzplatz.

Schicken Sie uns Ihre Antwort per Post an: Ulrike Steglich c/o Ecke Köpenicker, Elisabethkirchstr. 21, 10115 Berlin oder per Mail an: ecke.koepenicker@gmx.net Der Einsendeschluss ist Montag, der 12. April 2021.

Unser letztes Bilderrätsel zeigte die Adalbertstraße 63. Gewonnen hat Ursula Schenker. Herzlichen Glückwunsch zum Gutschein und vielen Dank für alle anderen Einsendungen!

Mehr Rücksicht auf Parkanlagen!

In der aktuellen Pandemie sind die Parks und Grünanlagen besonders wertvoll. Da viele Aktivitäten nicht möglich sind, finden die Menschen vor allem in den Parks Erholung und Bewegung an der frischen Luft. Hier genießen sie Natur in der Stadt.

Leider war in den vergangenen Monaten verstärkt zu beobachten, dass auch Vegetations- und Gehölzbereiche betreten werden. Die Trampelpfade verdichten aber den Boden und zerstören empfindliche Frühblüher wie Blausterne, Buschwindröschen und Krokusse. Das Resultat sind ver-

armte Areale. An den Uferändern führt unerlaubtes Betreten dazu, dass Böschungen abrutschen und dort brütende Wasservögel keinen Platz mehr finden. Totholz, das absichtlich liegen gelassen wird, um Insekten, Vögeln und Igel Lebens- und Rückzugsräume zu bieten, wird entnommen, um daraus Hütten zu bauen oder Lagerfeuer zu entfachen. Den Tieren geht damit ihr Unterschlupf verloren. Die Beschäftigten des Straßen- und Grünflächenamtes müssen mit viel Aufwand die Hinterlassenschaften und Schäden beseitigen. Der Bezirk bittet daher um verstärkte Rücksichtnahme auf die Natur. cs

Die nächste Ausgabe

der Ecke Köpenicker erscheint Mitte April 2021.

Elektronischer Versand

Sie möchten die aktuelle Zeitung als PDF erhalten? Schreiben Sie uns eine kurze E-Mail!

INHALT

Seite 3 Engelbecken

Seite 4 Aktion: Tempo 30 für die Köpenicker

Seite 5 Ein »Brückentag« für die Waisenbrücke

Seite 6 Nachrichten

Seite 7 Neubauvorhaben Köpenicker Str. 48/49

Seite 8 Schulneubau Adalbertstraße

Seite 9 Eisfabrik und Bürgerverein

Seite 10 Historische Kolumne

Aus dem Bezirk Mitte:

• Seite 11 Holz – Baustoff mit Zukunft

• Seite 12 Corona aktuell: Impfen

• Seite 13 Kleine Geschichte des Impfens

• Seite 14 100 Jahre Groß-Berlin: Die versäumte Verwaltungsreform, Teil 2

Seite 15 Gebietsplan und Adressen

Seite 16 Eckensteher + Pflastersteine

IMPRESSUM

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt

Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich

Redaktionsadresse: »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, Tel (030) 283 31 27, ecke.koepenicker@gmx.net

Fotoredaktion: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de

Entwurf und Gestaltung: capa, Anke Fesal, www.capadesign.de

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, www.berliner-zeitungsdruck.de

V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich

Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Ecken im Web

Sämtliche Ausgaben der »Ecke Köpenicker« sind als PDF archiviert und abrufbar unter:

www.luisenstadt-mitte.de sowie auf der Website des Bürgervereins Luisenstadt: www.buergerverein-luisenstadt.de

Fischen im Trüben

Dem Engelbecken droht die Überdüngung, wie ein Gutachten nun bestätigt – es gibt nicht nur zu viel Phosphat, sondern auch zu viele Fische

Schon lange machen sich aufmerksame Anwohner Sorgen um den Zustand des Engelbeckens. Neben eigenen Aktivitäten (u.a. Reinigungs- und Entmüllungseinsätze, initiiert durch den Bürgerverein Luisenstadt) und Hinweisen für Besucher, die Fütterung der Tiere zu unterlassen, drängten sie immer wieder auf eine umfassende Untersuchung des Zustands des Engelbeckens.

Nun liegt ein Gutachten vor, das Anfang des Jahres auch dem Umweltausschuss der Bezirksverordnetenversammlung Mitte vorgestellt wurde. Die Verordneten hatten ein solches Gutachten schon vor zwei Jahren eingefordert.

Der Gutachter, Landschaftsarchitekt Christian Klemz, kommt darin zu besorgniserregenden Befunden: Zu wenig Wasser und Sauerstoff, zu viel Phosphat und Keime, zu viele Fische im kleinen Engelbecken. Kurz: Das Engelbecken steht kurz vor der Überdüngung, das biologische Gleichgewicht ist gestört, man müsse jetzt aufpassen, dass »das Gewässer nicht umkippt«.

Grundlage des Gutachtens sind Messungen und Untersuchungen aus den Jahren 2019/2020. Im und um das Becken wurden Bohrungen vorgenommen, um den Untergrund zu untersuchen. Sie ergaben, dass die alte Tondichtung noch vorhanden ist, ebenso die Sandsedimente darunter und die Schlammsschicht aus den letzten 16 Jahren. Letztere ist ca. 20 Zentimeter hoch, mithin etwas niedriger, als der Gutachter es erwartet hätte.

Das Engelbecken ist zwischen 70 Zentimeter und einem Meter tief, ein erwachsener Mensch kann also ohne weiteres darin stehen. Der Grundwasserpegel ist weiter leicht gesunken – gerade der Wasserstand hatte während der trockenen, heißen Sommermonate vielen Engagierten Sor-



gen bereitet. Gutachter Klemz relativiert allerdings: Der Wasserhaushalt im Engelbecken sei »schon immer defizitär« gewesen. Der Pegel der Spree stützt aber den Wasserstand.

Alarmierender ist dagegen die Nährstoffbelastung. Das betrifft insbesondere den zu hohen Phosphatanteil, der auch dazu beiträgt, dass sich das Wasser trübt und die Sichttiefen geringer sind. Das Engelbecken stehe kurz vor der Überdüngung. Auch die Bleiwerte liegen deutlich über dem Grenzwert. Dazu verursachen Wasservögel und Hundekot eine zu hohe Konzentration sogenannter coliformer Keime.

Der Sauerstoffbedarf des Engelbeckens ist erheblich. Dafür gibt es mehrere Gründe – auch das Füttern von Wasservögeln gehört dazu. Weil es keine Filteranlagen gibt, überdüngt das Gewässer, denn durch den bakteriellen Abbau der organischen Stoffwechselprodukte wird dem Wasser Sauerstoff entzogen. In der Folge kann ein Gewässer »umkippen«. Besonders gefährlich sind die heißen Tage, denn dann ist die Verdunstung höher als die Frischwasserzufuhr. Im Engelbecken leben allerdings nicht nur Schwäne, Enten und Schildkröten, sondern vor allem Fische. Und zwar sage und schreibe 1,3 Tonnen, wie das Fischereiamt schätzt. Das ist ziemlich viel für das kleine und nicht sehr tiefe Engelbecken. Und es sind vor allem Friedfische wie Plötze, Blei oder Rotfeder. Weil es kaum Raubfische gibt, kann sich dieser Bestand ungestört vermehren und wächst immer weiter an. Hinzu kommen Grün- und Kieselalgen sowie Kleinkrebse. So ist ein erhebliches biologisches Ungleichgewicht entstanden.

Was also tun? Ein Angelwettbewerb wäre zwar lustig, würde aber keineswegs die grundlegenden Probleme lösen.

Gutachter Christian Klemz hat aber nicht nur den Ist-Zustand analysiert, sondern auch mehrere Lösungsvorschläge abgeleitet.

Eine Möglichkeit wäre, das Gewässer zu entschlammen. Das allerdings wäre nicht ganz billig: die Kosten würden sich auf schätzungsweise 150.000 und 250.000 Euro belaufen. Ein weiteres Problem wäre der mangelnde Platz, um das schwere Gerät wie Bagger und pressen vor Ort aufzubauen. Zusätzlich zu einer Schlammabsaugung müsste eine Phosphatfällung stattfinden.

Die Reduzierung des Friedfischbestandes über mehrere Jahre hinweg wäre eine biologische Teillösung, aber für einen optimalen ökologischen Zustand wäre auch hier zusätzlich ein massiver Phosphatentzug notwendig.

Bis geklärt ist, für welche Maßnahmen sich der Bezirk dann entscheidet, sollen zumindest »Parkläufer« die Vogelfütterer auf das (bereits ausgeschilderte) Fütterverbot hinweisen. Der Parkdienst, ein neues Instrument des bezirklichen Straßen- und Grünflächenamts, soll ab April auf das Engelbecken und die unmittelbare Umgebung ausgeweitet werden.

Möglicherweise besteht auch die Möglichkeit, mit einem Projekt zu einer Verbesserung der Situation beizutragen, denn schließlich gehört auch das Engelbecken zur Förderkulisse des Erhaltungsgebiets. Und die Ziele der Städtebauförderprogramme umfassen seit einem Jahr ausdrücklich auch Beiträge zu Klimaschutz und Klimaresilienz. us

Tempo 30 für die Köpenicker

Anwohner können Ihr Anliegen jetzt an die Senatsverwaltung richten

Schon seit langem setzt sich die Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt für die flächendeckende Einführung von Tempo 30 in der Köpenicker Straße ein. Da die Köpenicker aber auch eine Hauptverkehrsstraße ist, obliegt die Entscheidung über Geschwindigkeitsbegrenzungen der Senatsverwaltung für Umwelt und Verkehr. Damit diese sich

mit dem Anliegen befasst, muss es von Anwohnern der Straße vorgetragen werden. Um diesen Schritt für die Anwohner zu vereinfachen, hat die Betroffenenvertretung eine Aktion »Tempo 30 in der Köpenicker Straße« eingehend diskutiert und nun umgesetzt: Seit Januar machen Plakate und Flyer auf die Aktion aufmerksam, zudem wurde ein Standardbrief für Anwohner vorbereitet, den jene, die das Anliegen unterstützen, nur noch mit ihren persönlichen Angaben ausfüllen und absenden müssen (s.u.). Im Folgenden dokumentieren wir das Schreiben. Der Brief kann auf der Website der Betroffenenvertretung (www.luise-nord.de) zum Ausdrucken heruntergeladen werden.

us

Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz
Abteilung Verkehrsmanagement,
Dauerhafte Verkehrsmaßnahmen
Frau Dr. Claudia Schiewe
Columbiadamm 10
D-12101 Berlin

E-Mail: verkehrsmanagement@senuvk.berlin.de
Telefax: (030) 90259 - 4699

Sehr geehrte Frau Dr. Claudia Schiewe,

hiermit bekunde ich mein Interesse als Anwohner an der Einrichtung einer **ganztägigen Tempo-30-Zone in der Köpenicker Straße** zwischen Inselstraße und Engeldamm in Mitte.

Persönlich betroffen bin ich von:

- zunehmend belastendem Verkehrslärm
- zunehmend belastender Luftverschmutzung
- zunehmend gefährlich werdendem Straßenverkehr

• _____

Mein Name: _____

Straße, Hausnr.: _____

10179 Berlin Mitte

Optional Telefon/E-Mail: _____

Hiermit möchte ich Sie um eine kurzfristige Prüfung, entsprechenden Bescheid und zügige Umsetzung bitten.

Für evtl. Rückfragen und die Verabredung weiterer Maßnahmen in meinem Interesse, wie z. B. Zebrastreifen oder eine Ampelanlage können Sie sich gerne mit meiner Interessenvertretung im Sanierungsgebiet abstimmen: die Betroffenenvertretung im Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt (bv.luisenord@gmail.com).

Mit freundlichen Grüßen

Datum / Unterschrift

Tempo
30
ICH
MACH
MIT

»Brückentag« und Wettbewerb

Eigentlich gehört die Wiedererrichtung der Waisenbrücke (bzw. einer neuen Brücke für Fußgänger und Radfahrer, am historischen Ort) zu den Sanierungszielen für die Nördliche Luisenstadt. Doch eine Realisierung ist bislang in weiter Ferne – Politik und Verwaltung verweisen dabei auf den Sanierungsrückstau bei schon vorhandenen Brücken, an einen Neubau sei da vorerst nicht zu denken.

Doch die Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt, der Bürgerverein, die Stiftung Stadtmuseum unter der Leitung von Paul Spies lassen nicht locker, sondern suchen nach Wegen, das Vorhaben voranzubringen. Deshalb war geplant, mit einem »Brückentag« die öffentliche Aufmerksamkeit auf diesen Ort zu ziehen. Am 14. Mai wollten die Beteiligten ein spektakuläres Ereignis veranstalten, ein Straßenfest mit Musik, Bühne und Gastronomie, Fahrradcorso, Lasershow u.a. Doch unter den Bedingungen des Lockdowns ist ein Fest mit Publikumsverkehr nicht realisierbar.

Stattdessen lobt das Stadtmuseum einen Wettbewerb aus, die auch unter Pandemie-Einschränkungen realisiert werden kann. Das Motto lautet »City Skyline«, denn Kooperationspartner dieser Aktion ist der Anbieter des gleichnamigen Spiels.

Gefragt sind dabei spielerisch-kreative Gestaltungsideen für das Stadtzentrum. Das Gebiet um das Märkische Museum wird zum Wettbewerbsgebiet, auch die internationale Spielerszene soll sich beteiligen, und es wird eine Jury geben, die die interessantesten Beiträge kürt. Die Hauptaufgabe wird ein größeres Wettbewerbsgebiet umfassen, etwa vom Alex bis zur Museumsinsel und zur Jannowitzbrücke. Neben dem Hauptpreis soll auch ein Sonderpreis vergeben werden, die Sonderaufgabe bezieht sich auf einen neuen, innovativen »Brückenentwurf«. Der Wettbewerb soll Mitte März offiziell ausgelobt werden, die digitale Preisverleihung erfolgt dann am 14. Mai – eben am Brückentag. Entwürfe aus dem Spiel sollen im Nachgang zudem öffentlich präsentiert werden (ggf. in einer Open-Air-Ausstellung vor Ort oder am Märkischen Museum). Mit der Aktion soll der Forderung nach einer neuen Waisenbrücke Nachdruck verleihen.

us

Städtebündnis gegen Airbnb

Andere Städte in der EU sind im Kampf gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum durch die Vermietung als Ferienwohnung schon weiter als Berlin. Doch das will jetzt nachziehen: Der Senat will das »Zweckentfremdungsverbot-Gesetz« in dieser Hinsicht verschärfen.

Seit dem 1. Mai 2014 ist in Berlin die Umwandlung von Wohnungen zu Ferienwohnungen untersagt. Laut einer



Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom vergangenen August durchaus mit Wirkung: um etwa ein Viertel gingen danach die Angebote für Berlin in der größten Online-Plattform für Ferienwohnungen Airbnb zurück. Allerdings fehlte bei einem Großteil der verbleibenden Angebote die vom Zweckentfremdungsverbotsgesetz eigentlich vorgeschriebene Registriernummer. Durch eine Änderung des Gesetzes will Berlin jetzt erzwingen, diese Nummer online jedem Angebot öffentlich sichtbar beizufügen. Nur dann können die Wohnungsämter nämlich ermitteln, um welche Wohnung es sich exakt handelt und vor allem, wer sie vermietet. Darüber hinaus soll die Auskunftspflicht auch von Beschäftigten und Beauftragten der betroffenen Unternehmen verschärft werden.

Berlin kooperiert im Kampf gegen die ausufernde Zweckentfremdung von Wohnraum als Ferienwohnung intensiv mit anderen europäischen Städten wie Paris, Amsterdam, Barcelona und Lissabon. Mit denen hat es sich zu einem Netzwerk zusammengeschlossen, das auf EU-Ebene ein Gegengewicht zur gut organisierten (und finanzierten) Lobby der Online-Portale bilden kann. Die wehren sich nämlich energisch gegen alle Versuche, die Betreiber der Portale für die eingestellten Inhalte ihrer User zur Verantwortung zu ziehen – nicht nur in sozialen Netzwerken wie Facebook, sondern auch bei Airbnb.

cs

Mitte kämpft gegen Müll

Sperrmüllaktionstage 2021 im Bezirk

Matratzen, Kühlschränke, Sofas – illegal auf dem Gehweg abgestellter Sperrmüll gehören seit Jahren zum Alltag in Berlin. Im vergangenen Jahr hat die Menge illegalen Sperrmülls noch einmal deutlich zugenommen. 39.500 Kubikmeter mussten entsorgt werden. Rund fünf Millionen Euro kostete die Entsorgung. Um dieser negativen Entwicklung entgegenzuwirken, hat der Bezirk im Jahr 2019 zum ersten Mal dieser Form der »Entsorgung« den Kampf angesagt. Im vergangenen Jahr sind 1.253 Bürgerinnen und Bürger dem Aufruf gefolgt. Sie haben insgesamt 1.009 m³ Sperrmüll und 1.475 Elektroaltgeräte ganz legal in der Nähe ihres Wohnortes entsorgen können. In diesem Jahr führt das Bezirksamt die erfolgreiche Aktion in Zusammenarbeit mit der BSR fort. In Mitte haben Bürgerinnen und Bürger erneut die Möglichkeit, kostenlos ihren nicht mehr benötigten Hausrat abzugeben.

Die nächsten Sperrmüllaktionstage für die Nördliche Luisenstadt und ihr näheres Umfeld finden allerdings erst im Herbst statt: am 09. Oktober auf dem nördlichen Michaelkirchplatz (gegenüber der St-Michael-Kirche) und am 23. Oktober am Wendehammer vor der Berolinastraße 5, jeweils von 8 bis 12 Uhr. Die früheren Termine konzentrierten sich auf Wedding und Moabit.

Vor Ort wird ein BSR-Sammelfahrzeug zur Verfügung stehen, bitte bringen Sie Ihren Sperrmüll zu diesem Fahrzeug, stellen Sie ihn nicht auf die Straße!

Zur Kategorie Sperrmüll gehören Möbel, Teppiche, Matratzen, Schrott, Kunststoffteile, Elektrogeräte und Alttextilien. Nicht abgeholt werden Bauabfälle, Gussbadewannen, Autoreifen und -batterien sowie Schadstoffe (Farben, Lacke).

Die Sperrmüllaktionstage finden einmalig statt und sind für die Bürgerinnen und Bürger kostenlos. Das Geld dafür stammt aus dem Aktionsprogramm »Sauberes Berlin« des Berliner Senats. Kiezläufer informieren Anwohnende rund um die jeweiligen Standorte rechtzeitig mithilfe von mehrsprachigen Aushängen an den Hauswänden.

Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel: »Die negative Entwicklung bei illegalen Sperrmüllentsorgungen auf öffentlichem Straßenland zeigt, dass in einer Stadt wie Berlin, in der viele keine eigenen Möglichkeiten haben, ihren Sperrmüll zu den Wertstoffhöfen zu bringen, andere Lösungen gefragt sind. Durch regelmäßig stattfindende Aktionstage in den Kiezen versuchen wir, den Menschen vor Ort legale Entsorgungsmöglichkeiten zu bieten und dadurch einen nachhaltigen Bewusstseinswandel zu fördern. Quartiersmanagements sowie Stadtteilkoordinationen unterstützen uns durch begleitende Aktionen und Tauschmärkte. Die zahlreichen positiven Rückmeldungen von Bürgerinnen und Bürgern bestätigen, dass es ein Schritt in die richtige Richtung ist.«



Ch. Eckelt

Schrottimobilie Köpenicker 141

Die Betroffenenvertretung fordert vom Bezirk Maßnahmen gegen die Schrottimobilie Köpenicker 141. Die steht seit 15 Jahren ungenutzt als Bauruine gegenüber der VERDI-Zentrale und vermüllt in letzter Zeit zusehends (Foto oben). Offenbar sind hier kriminelle Müllentsorger am Werk. Denn nicht nur Sperrmüll, sondern auch Bauschutt wird hier regelmäßig abgelegt - zum Großteil auf einer Fläche, für die eigentlich der Eigentümer verantwortlich wäre.

Luftreinigungsgeräte für Schulen in Mitte

Auch in Mitte werden seit kurzem Luftreinigungsgeräte an die allgemeinbildenden Schulen im Bezirk ausgeliefert.

Das Land Berlin hat dem Bezirk für Ankauf und Wartung solcher Geräte 258.000 € zur Verfügung gestellt. Nach erfolgter Ausschreibung konnten mit dem wirtschaftlichsten Angebot insgesamt 75 Geräte beschafft werden – in Mitte also ein Gerät pro Schule. Sie ergänzen bereits vorhandene Geräte, die auf Initiative von Eltern und Fördervereinen aufgestellt wurden.

Die Auswahl der bestgeeigneten Geräte erfolgte in Abstimmung mit der Charité. Die Verteilung der Geräte wurde zwischen Bezirksamt, der Schulaufsicht und dem Bezirksschulbeirat anhand der von den Schulen ermittelten Bedarfe gemeinsam erarbeitet.

Das richtige und regelmäßige Lüften bleibt auch in Räumen mit Luftreinigungsgeräten weiterhin erforderlich, da nur so ein Austausch der Raumluft sichergestellt ist. Die Geräte tragen jedoch zur Reduzierung virushaltiger Aerosole in der Atemluft bei. »Der Einsatz von mobilen Luftreinigern ersetzt ausdrücklich keine der anderen Hygienemaßnahmen«, so Schulstadtrat Carsten Spallek.

Derzeit gibt es noch keine Informationen, wann Luftreiner der zweiten Tranche, die über die Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) beschafft werden, in den Bezirken verteilt werden.

Wohnungen und Büros statt Autohandel

An der Köpenicker Straße soll in Nachbarschaft zum Deutschen Architekturzentrum (DAZ) ein Neubauvorhaben realisiert werden

Wo derzeit noch Gebrauchtwagen verkauft werden, soll schon bald ein Neubau in die Höhe wachsen – jedenfalls nach dem Willen des Grundstückseigentümers und Investors. Für das derzeit noch von einem Autohändler genutzte Areal Köpenicker Straße 48/49 hat er jetzt beim Bezirksamt Mitte den Antrag auf eine Baugenehmigung gestellt. Der Investor plant eine Mischnutzung aus Wohnen, Büro und Café auf insgesamt 4.800 m². Nach Entwürfen des bekannten Büros TSCHOBAN VOSS Architekten sollen hier ein Wohn- und ein Bürogebäude errichtet werden, wobei das Wohngebäude sechs Geschosse plus ein Staffelgeschoss haben soll, das Bürogebäude fünf Geschosse plus Staffelgeschoss.

Insgesamt sollen dabei 16 Wohneinheiten entstehen, 11 davon barrierefrei. Es handelt sich dabei nicht um Mikro-Apartments, sondern um 2- bis 4-Raum-Wohnungen. Diese sollen auch nicht als Eigentumswohnungen verkauft, sondern vermietet werden.

Das Bürogebäude soll Platz für 141 Arbeitsplätze bieten. Im Erdgeschoss ist ein Café mit ca. 40 Innenplätzen konzipiert. Hinzu kommen ein Spielplatz sowie intensiv begrünte Dachterrassen, die den Nutzerinnen und Nutzern der Wohn- und Gewerbeeinheiten zugänglich sein sollen. Die vorgesehene Geschossflächenzahl (GFZ) fällt für das Vorhaben relativ massiv aus. (Die GFZ bildet das Verhältnis der gesamten Fläche aller Vollgeschosse der Bauten auf einem Grundstück im Verhältnis zur Grundfläche an.) Dennoch ist eine hohe Dichte an diesem Ort zulässig. Zum Vergleich: Mit der innerstädtischen Blockbebauung und

den Mietskasernen der Gründerzeit am Ausgang des 19. Jahrhunderts wurden Geschossflächenzahlen von knapp 4,0 erreicht.

Nach Einschätzung der zuständigen Sanierungsverwaltung des Bezirks entspricht das Bauvorhaben grundsätzlich den Sanierungszielen, was Stellung und Höhe der Baukörper sowie den Nutzungsmix aus Wohnen und Büro betrifft. Dennoch werden noch einige kritische Punkte gesehen, die mit dem Eigentümer in weiteren Schritten diskutiert und abgestimmt werden.

Auch die Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt, deren Sprecherinnen und Sprechern das Vorhaben im Sanierungsbeirat vorgestellt wurde, haben noch einige Fragen und kritische Anmerkungen. So möchten sie u.a. wissen, ob das Café öffentlich sein wird, also zugänglich für alle Anwohner, oder ob es – wie eine Kantine – nur zur Büroversorgung im Hause dient. Außerdem wird nach der Ausgewogenheit von Wohn- und Büronutzung gefragt. us

Grünzug entlang der Michaelkirchstraße

Entlang der südlichen Michaelkirchstraße plant der Bezirk einen neuen Grünzug – er ist Bestandteil der Sanierungsziele des Fördergebiets Nördliche Luisenstadt. Hierzu hatte das bezirkliche Umwelt- und Naturschutzamt in Zusammenarbeit mit dem Straßen- und Grünflächenamt und der Sanierungsverwaltungsstelle Anfang des Jahres die Erstellung eines Planungskonzepts ausgeschrieben, das auch den Straßenraum der Michaelkirchstraße einschließen soll. Nun ist die Ausschreibung entschieden: mit der Erstellung des Planungskonzepts beauftragt der Bezirk das Landschaftsplanungsbüro bgmr. Das Büro ist in Berlin (und vielen anderen Städten) längst keine unbekannte Größe mehr: u.a. gestaltete es den Sommergarten der UFA-Fabrik oder den viel gelobten Max-Josef-Metzger-Platz im Wedding.

Die Beauftragung für den Grünzug Michaelkirchstraße beinhaltet auch die Durchführung eines Bürgerbeteiligungsverfahrens, das noch in diesem Jahr durchgeführt werden soll. Mit ersten Entwürfen ist frühestens Mitte 2021 zu rechnen. us

Vorplatzgestaltung Köpenicker 101: Zeitpunkt ungewiss

Schon seit Jahren gibt es Pläne zur Neugestaltung des Vorplatzes Köpenicker Straße 101 (vor dem »dialog 101«). Auch eine Diskussionsveranstaltung mit Anwohnern hatte in diesem Rahmen vor zwei Jahren stattgefunden.

Doch der Umbau hängt davon ab, wann und wie schnell die BVG ihrerseits ihre Umgestaltungspläne für die U-Bahn-Station realisiert. Geplant waren u.a. ein Aufzug sowie die komplette Neugestaltung des U-Bahnhof-Eingangs an der Platzseite. Und das kann dauern. Durch den langwierigen U-Bahn-Umbau ist die bezirkliche Vorplatzplanung erst in vier Jahren umsetzbar – denn in der Zwischenzeit wird die Vorplatzfläche von der BVG zum Teil für die Baustelleneinrichtung genutzt. us



Ch. Eckelt



Schulneubau verzögert sich

Generalunternehmer endlich beauftragt

Um mehrere Monate verzögert sich der Neubau der vierzügigen Grundschule samt Sporthalle in der Adalbertstraße. Der Grund ist nicht Corona, sondern das Ausschreibungsverfahren, das erst mit mehr als einem Vierteljahr Verspätung zum Erfolg führte.

Das kam nicht gänzlich unerwartet: Das Land bewegt sich mit seiner »Berliner Schulbauoffensive« abseits gewohnter Pfade und musste daher mit solchen Problemen rechnen. Die neue Grundschule in der Adalbertstraße gehört dabei zur zweiten Tranche der Schulbauoffensive (»BSO II«), die sich wiederum in den Bau von drei- und von vierzügigen Grundschulen unterteilt.

Gebaut werden soll dabei in Kleinserien: Für die drei- und die vierzügigen Gebäudetypen wurden jeweils eigene Planungen ausgearbeitet, die an mehreren Standorten realisiert werden sollen. Wie viele genau, ist noch nicht entschieden, in der Presseerklärung zur Auftragsvergabe der vierzügigen Grundschulen ist von »bis zu 12 Standorten« die Rede.

Diese Vorgehensweise wurde vor allem von Architektinnen und Architekten heftig kritisiert, denn eingespart wird dadurch natürlich zunächst einmal deren Planungsleistung. Andererseits gewinnt das Land Berlin auf diese Weise aber auch Zeit – nicht nur durch weniger Planungsvorlauf, sondern vor allem auch durch schnellere Genehmigungsverfahren. Die sind bei Schulneubauten besonders komplex und vertrackt und wären durch das neuartige Musterprogramm für Schulneubauten wohl auch nicht einfacher geworden. Darin wird vom alten Konzept der »Flurschule« Abschied genommen, wo sich die Klassen-

Das Grundstück leerräumt, die alte Platten-Schule und die Sporthalle abgerissen: Dem Neubau einer vierzügigen Grundschule samt Doppelsporthalle an der Adalbertstraße steht eigentlich nichts mehr im Wege. Zum Schuljahr 2023/2024 könnte es soweit sein, wenn alles gut geht ...

räume entlang eines langen Korridors aneinanderreihen. Stattdessen werden »Compartments« gefordert, in denen Unterrichts- und Teilungsräume, Teamräume und Begegnungszonen in neuer Art zusammengefasst sind. Solche grundlegenden Innovationen verkomplizieren nach ihrer Einführung normalerweise den Planungs- und Genehmigungsvorlauf von Bauprojekten erheblich, die (klein-)serielle Bauweise könnte da Abhilfe schaffen.

Aber sie produziert natürlich auch neue Probleme. Denn die Bauwirtschaft ist nicht darauf eingestellt, Schulgebäude gleich dutzendweise zu errichten. So verwundert es nicht, dass am Ende ein Unternehmen den Zuschlag erhielt, das ansonsten vor allem Wirtschaftsbauten errichtet, wie man sie vor allem in unseren Gewerbegebieten findet. Dort wird seit langem seriell gebaut: Fabrikhallen etwa oder Bürogebäude, die aus vorgefertigten Modulen zusammengesetzt sind.

Einen Generalunternehmer zu finden war freilich nicht einfach. Auf die erste europaweite Ausschreibung im August letzten Jahres hatten sich zwar bis Ende Oktober zwei Unternehmen beworben. Die hatten aber andere Preisvorstellungen als die Kostenschätzung zugelassen hätte. In Verhandlungsverfahren wurden anschließend jedoch Einsparpotentiale gefunden: Am 9. Februar wurde der Zuschlag der Firma Klebl GmbH aus Neumarkt in der Oberpfalz erteilt, einem mittelgroßen Bauunternehmen mit etwa 1300 Mitarbeitern, das nach der Wende stark im Osten expandierte. Spezialisiert auf Wirtschaftsbauten und Fertigungsbau, betreibt es insgesamt sechs Fertigteile-Werke in Deutschland, darunter die früheren »VEB Betonwerke Gröbzig« bei Halle und ein Werk in Frankenförde bei Luckenwalde.

Hinsichtlich der Bauzeit erwartet sich der Senat eine deutliche Zeitersparnis. Angestrebt werden 18 Monate ab »Abruf der Bauleistung vom Generalunternehmer« – wann auch immer der für Adalbertstraße stattfindet. Wer bei Februar 2012 anfängt zu rechnen und dann bei August 2022 landet, wird aber mit ziemlicher Sicherheit enttäuscht. Denn selbst bei einem optimalen Bauverlauf wäre die Schule noch nicht zum Schuljahresbeginn 2022/23 bezugsfertig. Denn sie benötigt ja auch noch Außenanlagen wie Pausenhof, Sportplatz und Schulgarten. Die werden in klassischer Manier von Landschaftsarchitekten individuell geplant. Realisiert werden können sie erst dann, wenn das Schulgebäude fertig und die Baufreiheit auf dem Grundstück hergestellt ist.

cs



Fortschritte auf dem Areal der alten Eisfabrik

Der Neubau auf dem Areal der »Eiswerke« nimmt allmählich Gestalt an. Wie berichtet, hat der Eigentümer des Grundstücks, die Trockland GmbH, das Vorderhaus samt Seitenflügel und das Quergebäude mit seinen Fabriketagen saniert. In den daran anschließenden Neubau auf dem hinteren Grundstücksteil zur Spree hin sollen, so hat es der Investor mit dem Bezirk vereinbart, diverse kleinere Betriebe der Kreativwirtschaft einziehen.

Auch auf dem Grundstück nebenan geht es sichtlich voran mit den Instandsetzungsarbeiten. Dach und Fassaden des alten, denkmalgeschützten Kesselhauses wurden bereits wiederhergestellt (siehe Foto).

Wer sich für die Geschichte des Ortes interessiert, sollte mal einen Blick in die Durchfahrt der Köpenicker Straße 41 werfen – dort hat Peter Schwach, der sich seit etlichen Jahren für den Erhalt der historischen Substanz dieses bedeutenden Industriedenkmal engagiert, eine kleine Ausstellung zum Thema aufgebaut.

us

Happy Birthday, Bürgerverein!

Es gibt Grund zum Feiern! Denn am 6. März feierte der Bürgerverein Luisenstadt seinen 30. Geburtstag.

Gegründet wurde er in einer Zeit des Umbruchs, und an diesem Ort kam ein wichtiges unmittelbares Erleben hinzu: Nach dem Fall der Mauer war die historische Luisenstadt plötzlich nicht mehr zerschnitten. Zwar verlief hier weiterhin die Bezirksgrenze zwischen Mitte und Kreuzberg, aber die war lediglich administrativ und damit – anders als die Mauer – durchlässig für alle.

Am 6.3.1991 wurde in der damaligen Heinrich-Heine-Bibliothek, Köpenicker Straße 101, von ca. 60 Anwesenden aus Mitte und Kreuzberg der Bürgerverein Luisenstadt gegründet. Ihr Ziel war, dass die über 28 Jahre politisch und räumlich getrennten Teile der historisch gewachsenen Luisenstadt wieder zusammenwachsen, sich weiter entwickeln und alle Bürger und Bürgerinnen sich an der Gestaltung und Entwicklung des Stadtteils aktiv beteiligen können.

In den Leitsätzen des Vereins, die 1991 verabschiedet wurden, stand: »Alle Erneuerung und Entwicklung im sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Bereich geht von den Bürgern der Luisenstadt aus; ihr Wohnrecht und ihr Recht auf Arbeit sind die Grundlagen aller Planungen und Projekte.«

Aus heutiger Sicht mag sich das pathetisch, teils auch unrealistisch anhören. Die Bürger erfuhren schnell, dass es mit dem Recht auf Arbeit nicht so weit her war und dass es auch noch viele andere gab, die bei der Entwicklung der Stadt mitzureden hatten. Dennoch blieb der Bürgerverein Luisenstadt über all die Jahre ein wichtiges Gremium der Beteiligung. Vor allem aber eines, das auch selbst beherzt die Initiative ergriff und anpackte, ob bei der Wiederherstellung des Luisenstädtischen Kanals oder am Engelbeken, und das sich unermüdlich engagierte: für den Erhalt historischer Substanz, für Verkehrsberuhigung, für das Grün im Gebiet, für soziale und kulturelle Belange.

Aus Gründen muss die große Jubiläumsfeier zum 30-jährigen Geburtstag nun leider ausfallen. Der Verein bereitet aber eine dokumentarische Ausstellung zu den Highlights seiner Geschichte und Gegenwart vor, die für einen längeren Zeitraum im Stadtteil zu sehen sein wird.

Und auf der Website www.buergerverein-luisenstadt.de kann man noch mehr zur Gründung und Geschichte des Vereins nachlesen.

Auch wir gratulieren dem Bürgerverein und bedanken uns für all den Fleiß und die schöne, inspirierende Kooperation!

us

Jerusalem, Bagdad, Melchiorstraße

Fragmente aus dem Leben von Carl Theodor Brodführer

Was ist eine Rohrnetzwerkstatt? Mit etwas Überlegung kann man selber darauf kommen, denn welches Netz von Rohren muss ständig repariert werden? Es ist das Rohrnetz der Berliner Wasserwerke. In der Melchiorstraße 20/22 sieht man als Relieffries über dem Eingang praktischweise abgebildet, wofür diese Einrichtung ursprünglich diente: Wasserwerker verlegen Wasserleitungen und bessern Rohre aus.

Das von 1936 bis 1937 erbaute Gebäude war allerdings ein Verwaltungs- und Wohngebäude und ersetzte die eigentliche Werkstatt, über die ich hier schon berichtet habe.

Die Rohrnetzwerkstatt ist Nazi-Architektur. Monumental sollten Gebäude des »Tausendjährigen Reiches« aussehen, und dafür wurde die Sockelzone mit Muschelkalk verkleidet. Andererseits bezieht sich das Bauwerk mit seiner gerasterten Klinkerfassade auf die in diesem Teil der Luisenstadt seit den 1920er Jahren errichteten Geschäftshäuser und Sitze von Verbänden, Gewerkschaften und Großunternehmen. Medaillons von Möwen und Segelbooten über den Fenstern der ersten Etage erinnern an die Berliner Gewässer, aus denen wir bis heute unser Wasser beziehen. Das Medaillon in der Mitte zeigt einen Berliner Bären und damit, dass die Wasserwerke eine städtische Einrichtung waren.

Der Baumeister war Carl Theodor Brodführer (1884 bis 1960) und so ambivalent wie dieses Gebäude war auch seine Laufbahn. Brodführer – geboren in Meiningen, gestorben in Westberlin – war während des Ersten Weltkriegs Soldat, er verlor dabei ein Bein. Später war als Regierungsbauführer nicht nur in Berlin tätig, wo er für die Deutsche Reichsbahn 1923 bis 1925 den Bahnhof Friedrichstraße umbaute, sondern auch in Jerusalem. Dort war er auf dem Ölberg Bauleiter für die Auguste-Victoria-Stiftung. Er nutzte seine Reiseprämie dazu, durch den vorderen Orient und die Mittelmeerländer zu reisen.

Welche Länder er zuvor bereist hat, konnte ich nicht herausfinden, aber im renommierten Metropolitan Museum of Art fand ich ein Werk von ihm in den Ernst Herzfeld Papers. Diese sind der Nachlass des deutschen Altorientalisten Ernst Herzfeld, der die Iranische Archäologie begründet hat. Herzfeld war Professor an der Berliner Universität, bis er von den Nazis wegen seiner jüdischen Herkunft suspendiert wurde und in die USA emigrieren musste.

Bei Brodführers Werk handelt es sich um eine Tuschezeichnung von 1918 mit einer Rekonstruktion von Toren in der äußeren Stadtmauer der Rundstadt von Mansur. Diese runde Stadt, nach 760 auf dem Gebiet des späteren Bagdad erbaut, war mit zwei kreisrunden Befestigungsmauern und vier Toren versehen. In ihr standen das Haus der Weisheit, die Moschee und der Palast. Es war die neue Hauptstadt des islamischen Reiches.

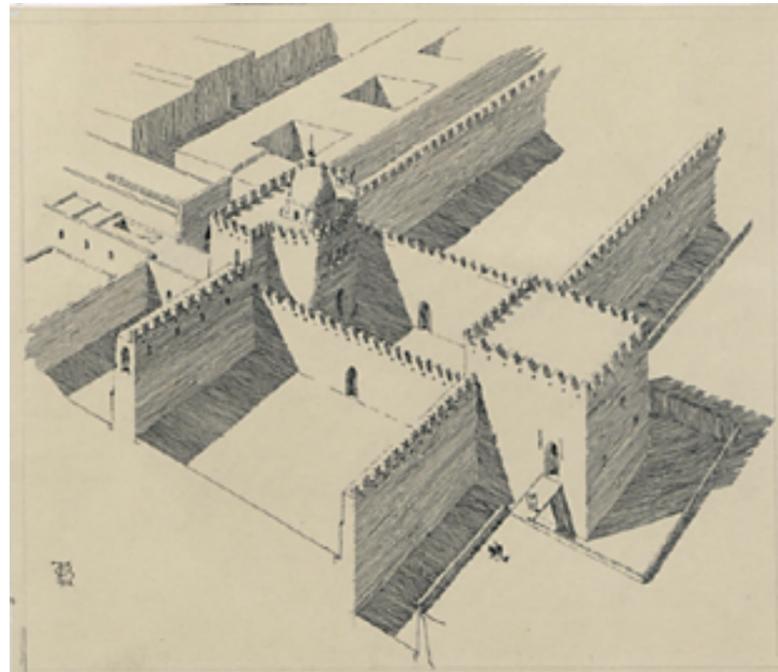
War Brodführer in Bagdad gewesen? Nicht auszuschließen, aber eher unwahrscheinlich, denn seine Zeichnung basiert auf schriftlichen Beschreibungen der antiken Stadt. Aber sie belegt die Zusammenarbeit mit Ernst Herzfeld für dessen Buch »Archäologische Reise im Euphrat- und Tigris-Gebiet« von 1920. Brodführer hat für Herzfeld eine ganze Reihe von Rekonstruktionen islamischer Gebäude in Bagdad, Mosul und Nisibis gezeichnet, die darin veröffentlicht wurden.

Gern hätte ich mehr herausgefunden zum Verhältnis der beiden, das auch eine amouröse Komponente hatte, denn Brodführer war mit Herzfelds jüngerer Schwester Charlotte verheiratet. 1923 ließen sie sich scheiden. Das immerhin spricht Brodführer vom Verdacht frei, sich aus politischen, also in der Nazizeit rassistischen Gründen von seiner Frau getrennt zu haben.

Andererseits tut man Brodführer kein Unrecht, wenn man ihn als Nazi bezeichnet. 1938 beantragte er die Aufnahme in die NSDAP und errichtete kriegswichtige Bauten für die Organisation Todt und die SS.

Welche Linien sich in der deutschen Architektur ziehen lassen, wird klar, wenn man sich seine Mitarbeiter in dieser Zeit ansieht, zu denen auch Hermann Henselmann gehörte, dem wir das Frankfurter Tor, den Strausberger Platz und den Fernsehturm verdanken. *Falko Hennig*

Der Autor lädt täglich zu Fahrten oder Spaziergängen »Engel, Flieger & Genossen« durch die Luisenstadt und den schmälsten Park Berlins ein, täglich 15 Uhr, 2h/12,- min. 5 Teilnehmer, Anmeldung erforderlich: Telefon (0176) 20 21 53 39.



Rekonstruktion der Tore der Runden Stadt von Mansur (Madinat al-Salam) von Brodführer aus den Ernst Herzfeld Papers

Baustoff der Zukunft

Berlin setzt auf Holz und Serienfertigung – auch im Wohnungsbau

Holz gilt in Berlin als Baustoff der Zukunft. Nicht nur Kitas und Schulen sollen in Zukunft vermehrt mit dem nachwachsenden Rohstoff errichtet werden, sondern auch zunehmend Wohnungen. Dabei ist nicht nur die gute Klimabilanz ausschlaggebend: Holz eignet sich auch hervorragend für eine serielle Bauweise und spart beim Rohbau enorm viel Zeit.

»Holzbau-Rohbau in 11 Tagen fertiggestellt«, jubelte unlängst die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen. Senatsbaudirektorin Regula Lüscher kommentierte in einer Pressemeldung begeistert den schnellen Baufortschritt eines hölzernen Erweiterungsbaues einer Lichtenberger Grundschule: »Der Baustoff ist ökologisch, bindet CO₂ und schafft nicht nur schöne Räume, sondern auch welche mit gutem Raumklima. Schon heute errichtet das Land Berlin Schulen, Kitas und Sporthallen in Holzbaweise, in der Zukunft wird das Material auch eine wichtige Rolle beim Wohnungsbau spielen.«

Der Lichtenberger Ergänzungsbau bestand dabei aus 96 Holzmodulen, die, in Köpenick vorgefertigt, auf der Baustelle nur noch zusammengesetzt werden mussten und nicht wie im klassischen Betonbau Abschnitt für Abschnitt zeitraubend abbinden mussten. Die Vorproduktion ist heutzutage hochautomatisiert, sehr präzise und kann problemlos auch individuell für Einzelbauten einprogrammiert werden, Serienfertigungen jedoch benötigen weniger Aufwand für Planung und Programmierung. Und auch die Genehmigungen durch die bezirklichen Stadtentwicklungsämter sind bei Typenbauten einfacher und schneller. Für die Wirtschaftlichkeit ist es im Holzbau weniger entscheidend, wie groß die Serien sind. Auch kleine Serien, die sich in vielen anderen industriellen Bereichen nicht lohnen, weil für sie jeweils gesonderte Gussformen angefertigt werden müssen, sind hier problemlos möglich.

Auch deshalb ist Holz ein idealer Rohstoff für neue Schul- und Kitagebäude, die in Berlin zwar dringend benötigt werden, aber nur in relativ kleinen Stückzahlen – in Dutzenden, nicht Hunderten oder gar Tausenden wie beim Wohnungsbau. Für den sieht die Senatsverwaltung aber Holz ebenfalls als Baustoff der Zukunft. Das künftige »Schumacher-Quartier« auf dem ehemaligen Flughafen Tegel soll deshalb komplett in Holzbaweise errichtet werden, laut Stadtentwicklungssenator Sebastian Scheel mit rund 5.000 Wohnungen »das größte Holzbau-Quartier weltweit«.



Geförderter Wohnungsneubau im Wedding: Der Genossenschaftsbau in der Lyнарstraße 38/39 besteht hauptsächlich aus Holz.

Über solche Superlative ließe sich jedoch trefflich streiten: In vielen Ländern wird ja traditionell mit Holz gebaut, in Skandinavien etwa, in den USA oder in Japan. Dort gibt es sicherlich auch größere Quartiere aus dem Rohstoff – allerdings wohl eher seltener im Geschosswohnungsbau. Und genau darum geht es dem Senat mit diesem Pilotprojekt: Den Holzbau auch im mehrgeschossigen Wohnungsbau von Mietshäusern einzuführen. Das ist beileibe nicht so einfach, wie es auf den ersten Blick erscheint. Holzbau hat zwar auch in Deutschland Tradition, vor allem im Süden, in Bayern und Baden-Württemberg – aber vor allem bei Einfamilienhäusern und niedrigen Gewerbebauten. Die meisten Bauordnungen lassen mehrgeschossige Holzbauten aus Brandschutzgründen noch gar nicht zu. Erst neue wissenschaftlich abgesicherte Erkenntnisse ermöglichen das, in Berlin erst seit relativ kurzer Zeit.

Die Bauindustrie ist deshalb bei uns noch nicht sehr gut auf Großprojekte in Holzbaweise eingerichtet. Die Branche besteht in Deutschland aus vielen kleinen Unternehmen, die nur selten mehr als 100 Mitarbeiter haben. Auch die Preise liegen derzeit noch um etwa 15% über dem klassischen Betonbau. Das würde sich aber wahrscheinlich ändern, wenn mehr größere Projekte aufzeigen, dass auch langfristig eine große Nachfrage nach mehrgeschossigen Holzbauten besteht. *cs*

Impfen – wie funktioniert das?

Die Berliner Impfzentren arbeiten wie am Schnürchen

Die erste Phase der Corona-Schutzimpfungen ist schon fast abgeschlossen. Geimpft wurden in Berlin zunächst die Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeheimen und ihre Betreuer sowie das medizinische Personal, das in den Krankenhäusern direkt mit Corona-Patienten arbeitet. Derzeit laufen die Impfungen der Über-80-Jährigen, der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von ambulanten Pflegediensten und des medizinischen Personals, das Patienten mit erhöhtem Risiko auf einen schweren Verlauf der Krankheit betreut.

Dem Vernehmen nach verlaufen diese Impfungen problemlos: Die Berliner Morgenpost veröffentlichte Mitte Februar eine ganze Seite voller geradezu enthusiastischer Leserbriefe älterer Leserinnen und Leser, die – ganz ungewohnt in Berlin – die gute Organisation in den Impfzentren lobten. Wenn man mal dran ist, scheint es also ganz gut zu laufen, Anders als in vielen anderen Bundesländern werden die aktuell Impfberechtigten in Berlin direkt angeschrieben. Die Kassenärztliche Vereinigung in Berlin bittet deshalb dringend darum, die Notfalldaten nicht mit Terminbitten zu blockieren.

In dem Anschreiben der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung ist ein Impfcodes enthalten, mit dessen Hilfe man dann Impftermine in einem der Berliner Impfzentren vereinbaren kann.

Auch im Bezirk Mitte gibt es ein Impfzentrum – in der Erika-Hess-Eisstadion an der Panke (Müllerstraße 185). Verimpft wird hier das Vakzin von Moderna. Man kann aber auch in andere Impfzentren verwiesen werden. Impfberechtigte ab 80 Jahre mit Impftermin können unter der Telefonnummer (030) 20 20 20 ein kostenfreies Taxi für die Fahrt zum Impfzentrum bestellen. Für die Rückfahrt erhalten sie dort einen Taxifahrtscheck.

Mitbringen sollte man zur Impfung seinen Personalausweis, Reisepass oder Aufenthaltstitel, das Einladungsschreiben sowie den dort beigelegten Anamnesebogen und die Einverständniserklärung. Ein Impfausweis ist nicht notwendig, Geimpfte erhalten einen separaten Impfnachweis, der vom Hausarzt im Impfpass nachgetragen werden kann.

Im Impfzentrum wird kein Schnelltest auf das Coronavirus durchgeführt. Gemessen wird jedoch möglicherweise die Körpertemperatur – Personen mit erhöhter Temperatur dürfen das Impfzentrum nicht betreten und müssen einen neuen Termin vereinbaren. Begleitpersonen müssen grundsätzlich vor dem Gebäude warten.

Je nach Impfstoff erfolgt die zweite Impfung nach drei oder vier Wochen. Bei der Terminvergabe werden beide Termine festgelegt. Ein Impftermin dauert 1 bis 1,5 Stunden: Vor der eigentlichen Impfung erfolgt eine Beratung zu möglichen Nebenwirkungen, Hinweisen zum Ablauf und Empfehlungen zum richtigen Verhalten nach der Impfung. Eine kurze Untersuchung, um akute Erkrankungen und Allergien auszuschließen, wird ebenfalls durchgeführt. Anschließend wird der Impfstoff intramuskulär verabreicht – in der Regel mittels Spritze in den Oberarm. Bevor Geimpfte wieder nach Hause dürfen, ist die 30-minütige Nachbeobachtungszeit einzuhalten. Hierfür steht ein separater Raum mit Sitzmöglichkeiten zur Verfügung.

Die allgemeinen Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus – etwa das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes – gelten auch für geimpfte Personen weiter. Personen, die aufgrund ihrer eingeschränkten Mobilität kein Impfzentrum besuchen können, werden von mobilen Impfteams aufgesucht. Dies betrifft Pflegebedürftige in betreuten Wohngemeinschaften, in Seniorenanlagen und Pflegeeinrichtungen. Die Koordinierung der Impftermine wird hierbei von den Pflegediensten oder Einrichtungen übernommen.

Das Risiko von schwereren Nebenwirkungen durch die Impfung ist sehr gering. Obwohl weltweit bereits viele Millionen Menschen geimpft wurden, sind außer allergischen Reaktionen noch keine schweren Nebenwirkungen bekannt geworden. Bei einer an sich überstandenen Covid-Infektion dagegen kommen langfristige Folgeleiden wie andauernde Müdigkeit (»Fatigue«) oder Lungenprobleme recht häufig vor. cs



Weltwunder Impfen

Im 20. Jahrhundert hat sich die Lebenserwartung in Deutschland um etwa 35 Jahre erhöht. Im Jahr 1901 verstarben Männer im Durchschnitt noch mit etwa 47 und Frauen mit 53 Jahren. Im Jahr 2000 erreichten Männer dagegen im Schnitt ein Lebensalter von 82 Jahren und Frauen sogar von 87.

Diese historisch einmalige Steigerung der Lebenszeit hat sehr viel mit Städtebau zu tun, mit sauberem Trinkwasser, öffentlicher Kanalisation und Kläranlagen zum Beispiel. Rasante Fortschritte der Medizin, die Erforschung von Krankheiten und Ursachen, neue Behandlungs- und Operationsmöglichkeiten oder die Entwicklung diverser Antibiotika taten ein Übriges. Die westliche, an der Wissenschaft orientierte Medizin setzte sich weltweit durch, sogar in Ländern wie China, die selbst über eine über Jahrtausende hinweg entwickelte Medizin verfügten. Dass das westliche Denken im 20. Jahrhundert die Welt dominierte, hat viel mit den »Wundern« der modernen Medizin zu tun. In den meisten Ländern dieser Erde stieg die Lebenserwartung im 20. Jahrhundert sogar noch deutlich stärker als in Deutschland.

Ein »modernes Weltwunder« ist auch die Impfung. Die Schutzimpfung gegen Pocken wurde schon im Jahr 1796 von dem britischen Landarzt Edward Jenner entwickelt und verbreitete sich danach schnell in Europa. Denn damals starb noch etwa jedes zehnte Kind an der Virusinfektion, die dank weltweiter Impfkampagnen inzwischen als ausgerottet gilt. In Berlin wurden die ersten Pockenimpfungen bereits im Jahr 1800 durchgeführt. Den Impfstoff stellte die Natur zur Verfügung: die Viren der für den Menschen harmlosen Kuhpocken konnten auch Menschen gegen die Krankheit immunisieren.

Das war bei anderen Krankheiten nicht ganz so einfach. Am Ende des 19. Jahrhunderts jedoch wurde Paris zum Zentrum der weltweiten Impfstoffforschung. Beschleunigt vom internationalen wissenschaftlichen Austausch vor allem mit Paul Ehrlich in Frankfurt und Robert Koch in Berlin, wurden hier rund um Louis Pasteur Impfstoffe gegen Milzbrand, Tollwut, Wundstarrkrampf und Diphtherie entwickelt. Wenn heute Europa und die USA eine Strategie gegen die Corona-Pandemie einschlagen, die maßgeblich aufs Impfen setzt, dann ist das vor allem von diesen historischen Erfahrungen getragen.

Im 20. Jahrhundert folgten weitere Erfolge: Weltweit wurden viele Infektionskrankheiten zurückgedrängt. In der DDR zum Beispiel wurden die Kinder ganz obligatorisch gegen etwa 20 verschiedene Krankheiten geimpft – Impfen gehörte zur gesellschaftlichen Selbstverständlichkeit. Im Westen Deutschlands wurde dagegen deutlich weniger geimpft, obwohl es breite Impfkampagnen gab, mit denen an die Bürger appelliert wurde. Hier machte sich ein gefährliches Paradoxon bemerkbar: Je stärker eine Krankheit aus der Alltagserfahrung zurückgedrängt ist, desto niedri-



ger wird die Impfbereitschaft in der Bevölkerung. Mit sinkender Durchimpfungsquote aber besteht auch die Gefahr, dass Krankheiten, die man für schon ausgerottet hielt, wieder zurückkehren.

Hinzu kommt ein weiterer Umstand: Aus egoistischer Sicht kann es durchaus logisch sein, sich nicht impfen zu lassen: Denn wenn fast alle anderen geimpft sind, schützt mich ja die Herdenimmunität, dann verschwindet die Krankheit von allein aus meinem Umfeld. Was allerdings nur funktioniert, solange die anderen nicht genauso denken. Vor allem bei hochansteckenden Krankheiten wie etwa Masern geht diese egoistische Rechnung auf Kosten der Schwächeren. 95% der Bevölkerung müssen geimpft sein, um die Herdenimmunität zu erreichen. Wird diese nicht erreicht, sind vor allem auch Menschen in Lebensgefahr, die aufgrund von Krankheiten, Allergien und ähnlichen Risikofaktoren nicht geimpft werden können. Deshalb gibt es in Deutschland seit kurzem eine Impfpflicht für Masern.

Bei Covid-19 ist es etwas anders – denn hier überwiegen auch bei rein egoistischer Sichtweise die Vorteile des Impfens eindeutig. Denn selbst für jüngere Erkrankte gibt es ein Sterberisiko, vor allem aber ein hohes Risiko von schweren und langandauernden Folgeschäden. Chinesischen Studien zufolge leiden rund zwei Drittel der im Krankenhaus behandelten Corona-Patienten, also der schwereren Fälle, aber auch etliche der leichter Erkrankten anschließend an solchen Langzeitfolgen. Dagegen sind bislang kaum größere Impfschäden bekannt geworden. cs

100 JAHRE GROSS-BERLIN UND DIE VERWALTUNGSREFORM, TEIL II



Ch. Eckelt

Von Zebrastreifen und Mail-Unfug

Aus heutiger Sicht ist es schier unglaublich, wie im Berlin der 1920er Jahre innerhalb kurzer Zeit ein komplexes Verkehrsnetz geschaffen oder moderner Wohnungs- und Siedlungsbau vorangetrieben wurde, überhaupt Neuerungen in einem solchen Tempo durchgesetzt wurden, dass Otto Reutter in einem seiner Couplets seufzte: »Ick kann dit Tempo nich ertragen«.

Im Berlin der 2020er Jahre hätte er dieses Problem nicht gehabt, jedenfalls nicht bei amtlichen Angelegenheiten. Hier dauert ein Zebrastreifen im Schnitt ca. drei Jahre und 18 Verwaltungsschritte, wie es der Tagesspiegel-Chefredakteur Lorenz Maroldt in dem Buch »Berlin in hundert Kapiteln« beschreibt. Man erfährt auch, warum jemand, der aus Frust einfach selbst einen Fahrradbügel kaufte und ihn ohne Genehmigung vor seinem Büro aufbaute, damit deutlich besser fuhr als einer, der brav den Amtsweg einzuhalten suchte. Ersterer musste zwar nach 25 (!) Jahren einmalig 120 Euro Strafe zahlen, aber der Fahrradbügel blieb. Letzterer dagegen hatte plötzlich einen Paragraphen- und Vorschriftenwust am Hals, der ihn vermutlich heute noch in seinen Alpträumen verfolgt.

In den 1920er Jahren wie auch heute hat Berlin eine zweistufige Verwaltung. Warum aber funktionierte das damals, als es in den neuen Bezirken sogar noch viele Vorbehalte gegen Groß-Berlin gab, dennoch besser als heute? Warum ist die Polyzentralität der Stadt, die sie ja prägt und die eigentlich eine Stärke ist, in der Verwaltung oft ein Hemmnis?

In der ersten Berliner Verfassung, sagt etwa Frank Nägele, Verwaltungsexperte und Staatssekretär für Verwaltungs- und Infrastrukturmodernisierung, sei das Verhältnis klar strukturiert gewesen: der Senat steuert, die Bezirke setzen um.

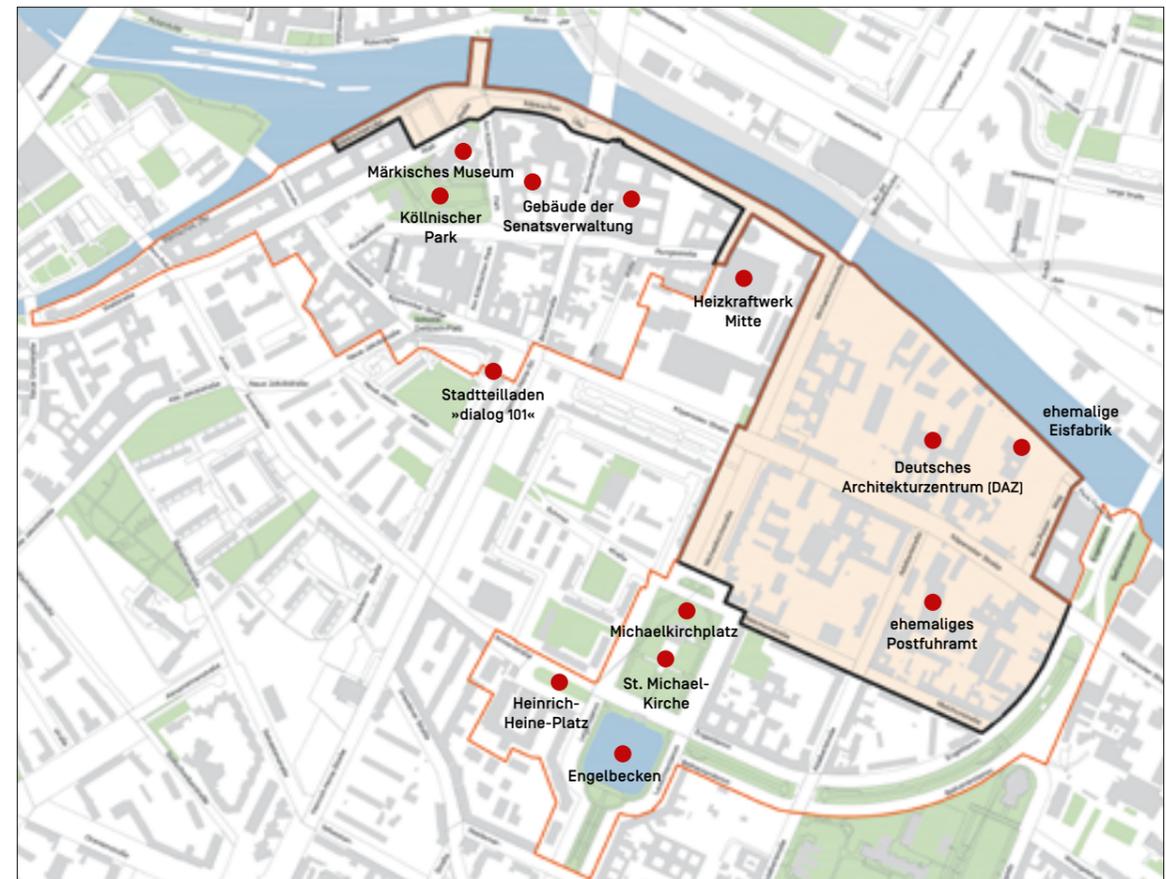
Das sieht heute völlig anders aus. Um die Struktur zu verstehen, muss man auf das Verhältnis von Politik und Verwaltung schauen: Alle fünf Jahre wird in Berlin das Abgeordnetenhaus gewählt, aus der gewählten politischen Koalition ergibt sich die Besetzung des Regierenden Bürgermeisters und des maximal zehnköpfigen Senats. Gleichzeitig wird an diesem Tag auch in den Bezirken gewählt: insgesamt sind das 12 Bezirksbürgermeister und 70 Stadträte. Doch statt einer klaren politischen Mehrheitskoalition (»politisches Bezirksamt«) gibt es in den Bezirken Zählgemeinschaften, die den Bezirksbürgermeister bestimmen, die Stadtratsposten werden nach Proporz ALLER in der BVV vertretenen Parteien vergeben. Im ungünstigsten Fall werden auch noch die Fach- und Zuständigkeitsbereiche der jeweiligen Stadträte jeweils neu verhandelt, so dass es auch unter den Bezirken keine einheitlichen Ressortzuschnitte gibt. Und alle fünf Jahre dreht sich das muntere Personal- und Ressortkarussell neu. Die einzige Konstante ist dabei – das Verwaltungspersonal. »So kann es passieren, dass die Verwaltung die Politik führt«, warnt Nägele. Es fehle zudem an klaren (Richtlinien-)Kompetenzen: »Es gibt beispielsweise keinerlei Weisungsbefugnis gegenüber einem Stadtrat – auf keiner Ebene.«

Nägele verweist aber auch auf ein historisches Erbe: Nach dem Mauerfall war eine komplizierte Verwaltungsfusion zu bewältigen, es folgte eine gescheiterte Landesfusion, dann eine kräftezehrende Bezirksfusion mit der Reduzierung von 23 auf 12 Bezirke und schließlich, nach dem Bankendesaster und dem Scheitern der Großen Koalition 2001, ein rigider Sparkurs, von dem sich die Verwaltung bis heute nicht wieder erholt hat.

Thomas Heilmann (CDU) gehört zu der Minderheit, die als Externe in die Politik geholt werden. Der Jurist und Unternehmer sitzt heute im Bundestag, von 2012 bis 2016 war er Justizsenator. Er sieht mehrere entscheidende Punkte für eine Verwaltungsreform:

Ein kompetentes Führungsmanagement und mehr Fachkompetenz beim politischen Personal. Klare Verantwortungsbereiche. Digitalisierung, Vernetzung und besseres E-Government. Zudem müsse man aufhören, immer nur einen Schritt nach dem anderen zu machen nach dem Prinzip: Erst werden alle Schulen saniert, und danach werden alle verkabelt.

Und es brauche unbedingt mehr direkte Kommunikation: »Statt eine Mail zu schicken mit 16 Adressaten im CC und sich dann zurückzulehnen und auf die anderen zu warten, muss man die Beteiligten direkt an einen Tisch holen und verbindliche Verabredungen treffen, deren Erfüllung dann auch kontrolliert werden kann.« Die Verantwortungsabgabe per Mail mit 16 Leuten im CC führe letztlich zu solchen Phänomenen wie dem des Zebrastreifens. »Das Irre ist: Mit den 18 Verwaltungsschritten beschäftigt man Menschen. Die drehen ja keine Däumchen, die arbeiten ja alle!« (wird fortgesetzt)



Sanierungsgebiet
Nördliche
Luisenstadt

Erhaltungsgebiete

Adressen

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Soziales und Gesundheit: Ephraim Gothe
Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin
(030) 90 18-446 00
ephrain.gothe@ba-mitte.berlin.de

Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Fachbereichsleitung: Kristina Laduch,
Tel 901 84 58 45
kristina.laduch@ba-mitte.berlin.de

Sanierungsverwaltungsstelle
Reinhard Hinz (Gruppenleitung)
Tel 901 84 58 53
reinhard.hinz@ba-mitte.berlin.de
Jan Schläffke
jan.schlaeffke@ba-mitte.berlin.de

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen

Referat IV C – Stadterneuerung
Württembergische Straße 6, 10707 Berlin
Joachim Hafen (Gebietsbetreuung Luisenstadt), Tel 901 39 49 19
joachim.hafen@senstadtum.berlin.de

Gebietsbetreuung Luisenstadt (Mitte)

Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement – KoSP GmbH
Schwedter Straße 34 A, 10435 Berlin
Andreas Bachmann, Tel 33 00 28 39,
bachmann@kosp-berlin.de
www.luisenstadt-mitte.de
Sprechstunde: Dienstag 15–18 Uhr
im Stadtteilladen »dialog 101«

Betreuung Programm Städtebaulicher Denkmalschutz beim Bezirksamt
Birgit Nikoleit, Tel 901 84 57 79
birgit.nikoleit@ba-mitte.berlin.de

Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt

Treffen jeden dritten Dienstag im Monat um 18.30 Uhr im Stadtteilladen »dialog 101«
Ansprechpartner: Volker Hobrack,
Tel 275 47 69, volker.hobrack@gmail.com
bzw: bv.luisenord@gmail.com
www.luise-nord.de

Bürgerverein Luisenstadt

Michaelkirchstraße 2, 9. Etage,
10179 Berlin, Tel/AB 279 54 08
post@buergerverein-luisenstadt.de
www.buergerverein-luisenstadt.de
Bürozeiten: montags 13–17 Uhr

Mieterberatung für Mieter im Sanierungsgebiet und in den Erhaltungsgebieten

Montag, 15–18 Uhr (jeder 1. und 3. Montag mit Rechtsanwältin)
Stadtteilladen »dialog 101«
Köpenicker Straße 101, 10179 Berlin
Kontakt: Mieterberatung Prenzlauer Berg,
Tel 44 33 81 25
www.mieterberatungpb.de



ECKENSTEHER

Das I- und das A-Wort

Ich kann es nicht mehr hören. Das C-Wort. Und das I-Wort. I wie Impfen. Vor ziemlich genau 14 Jahren gab es ein anderes Wort, mit dem es mir genauso ging. Das A- bzw. L-Wort. A wie Ampel, bzw. L wie Lichtsignalanlage, so heißt eine Ampel im Verwaltungsdeutsch. Ich lernte damals überhaupt sehr viel über die Verwaltung. Letztlich ist es, bei aller Komplexität, dasselbe: das Impfen ebenso wie ein Berliner Bauprojekt. Es muss gar nicht so groß wie der BER sein, die Ampel reicht schon.

Alles begann 2001 damit, dass in einem Sanierungsgebiet eine Fußgängerampel an einer hochfrequentierten Kreuzung notwendig wurde, so befanden es alle Sanierungsbeteiligten vor Ort. Das Anliegen wurde an den Bezirk und dann an den Senat weitergetragen, weil eine Hauptverkehrsstraße im Spiel war. Als sich nach einem Jahr immer noch nichts tat, schrieb ich eine launige Kolumne darüber. Es war 2002. Meine Söhne gingen nun schon ein Jahr in den Kindergarten.

Es würde zu weit führen, hier alle Verwaltungsschritte aufzuführen, die sich nach und nach auftaten wie ein Höllenschlund. (Es waren letztlich ca. 20.) Und es gab viele, viele beteiligte Behörden. Zu viele, um alle hier aufzuführen. Es gab unendlich viele Genehmigungsverfahren, eine Verkehrszählung und ein Gutachten, die wiederum geprüft bzw. begutachtet wurden. (Die Prüfung des Gutachtens allein kostete ein Jahr.)

Inzwischen waren meine Jungs eingeschult. Inzwischen waren wir alle Ampel-Experten, kannten sämtliche Behörden, alle Bedenken und sonstige Gründe, die das Vorhaben verzögerten. Bloß die Ampel kam nicht. Ich konnte nur noch müde lächeln. Am Ende waren es sieben Jahre und acht Kolumnen. Eine never ending story. Es war Anfang 2007, als die Ampel endlich stand, und ein halbes Jahr später wurde sie sogar angeschaltet. Mein Großer kam in die vierte Klasse. Genauso geht es mir heute mit Corona. Ich ertrage die Kakophonie nicht mehr. Die Kanzlerin, der Laschet, der Spahn, der Söder, der Altmaier, der Scholz, die Landesparlamente, die Kultusminister, die Ethikkommission, die Ständige Impfkommission, die Kassenärztliche Vereinigung, das Robert-Koch-Institut, die Leopoldina, der Regierende Bürgermeister, die Senatsverwaltung für Gesundheit, die für Soziales und die für Bildung. Und aus irgendeiner Kiste taucht immer der Lindner auf und nölt.

Wir wissen jetzt alles Mögliche über das Virus, die Masken, das Lüften, das Abstandhalten, die Quarantäne, die Impfstoffe, die Luftfilter. Wir sind Meister des Händewaschens. Wir versuchen rauszukriegen, wer wann entscheidungs- und handlungsfähig ist und von wessen Entscheidung das abhängt, das geht dann immer eine Etage höher, oder auch runter. Wir hören uns an, dass dies und das gerade nicht geht, aus Gründen. Irgendeinen Grund gibt es ja immer, im Zweifelsfall ist eben die EU schuld, oder das Wetter. Oder Corona, natürlich.

Bitte, habt ein Erbarmen. Labert uns nicht zu, verspricht keine Termine, die ihr nicht halten könnt, macht euren Job. Wir wollen nämlich einfach nur wissen: Wann kommt endlich die verdammte Ampel???

us